

GIZ in Algerien

Umweltmanagement und nachhaltige Entwicklung

Die GIZ in Algerien

Algerien und Deutschland blicken auf eine jahrzehntelange Zusammenarbeit zurück. Bereits seit Mitte der 1970er Jahre ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Algerien tätig. Die GIZ arbeitet in Algerien unter anderem im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Heute hat die GIZ 142 Mitarbeiter*innen in Algerien, darunter 18 internationale Expert*innen.

Die Herausforderung

Algerien ist das größte Land Afrikas und das bevölkerungsreichste im Maghreb. Das Bruttoinlandsprodukt wächst im Durchschnitt um 1,4% pro Jahr, eine Entwicklung, die (wie die der gesamten Wirtschaft) hauptsächlich von der Förderung und dem Export von Erdöl und Erdgas abhängt. Dieser macht derzeit mehr als 90% der Exporteinnahmen des Landes aus. Fast die Hälfte der 40 Millionen Menschen in Algerien sind unter 25 Jahre alt. Eine der größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen besteht darin, genügend Arbeitsplätze für die junge, weiterhin rasch wachsende Bevölkerung zu schaffen. Angesichts der sinkenden Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport stellt sich zudem die Frage nach einer stärkeren Diversifizierung der Wirtschaft.

Die natürlichen Ressourcen des Landes stehen aufgrund des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums, aber auch aufgrund des Klimawandels unter zunehmendem Druck. Diese Probleme sind besonders im Norden des Landes zu spüren, wo 68% der Bevölkerung auf einem Fünftel des Staatsgebiets leben.

Der Ansatz

Algerien spielt als wichtiger politischer und wirtschaftlicher Akteur in der Region eine Vorreiterrolle in verschiedenen Umweltfragen. Ziel der algerisch-deutschen Zusammenarbeit ist es, die Umsetzung der für die Region hoch entwickelten Umweltgesetzgebung zu unterstützen. Durch den Aufbau von Kapazitäten in der Planung und der sektorübergreifenden Koordination tragen wir zu einer integrierten Umweltpolitik bei.

Der Schwerpunkt

Die algerisch-deutsche Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Bereiche Umweltpolitik sowie Energieeffizienz und erneuerbare Energien mit Projekten in Bereichen wie nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Erhaltung der Biodiversität, Klimapolitik, Abfallwirtschaft und Förderung umweltfreundlicher Technologien und Innovationen. Ihre Ergebnisse tragen, neben dem Schutz der Umwelt, zur Schaffung einer „grünen Wirtschaft“ und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Armutsbekämpfung bei.

Auftraggeber

Hauptauftraggeber der GIZ in Algerien ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus arbeitet GIZ International Services (InS) in Algerien auch für andere Auftraggeber*innen wie die Europäische Union und Unternehmen des Privatsektors.



Linkes Foto:

Gebäude des französischen Architekten Fernand Pouillon (1967), gebaut mit lokalen Materialien und integriert in die natürliche Umgebung der Monts de l'Edough (Provinz Annaba, Ostalgerien).

Rechtes Foto:

Blick auf die Bucht von Algier vom Hügel der Kathedrale „Unserer Lieben Frau von Afrika“

Die Projekte im Einzelnen

Verbesserte Umsetzung der Umweltsteuergesetzgebung

Politischer Partner	Algerisches Ministerium für Umwelt (ME)
Laufzeit	01/2020 – 12/2022
Projektleiter	Rolf Dietmar
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Im Jahr 2003 führte die algerische Regierung neue Umweltvorschriften basierend auf dem „Verursacherprinzip“ ein. Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, wurden auf der Basis unterschiedlicher Regelungen verpflichtet, für die Umweltbelastungen und Schäden zu zahlen, und zwar in Form von Steuern. Ein Teil dieser Steuereinnahmen soll dem vom algerischen Umweltministerium verwalteten Nationalen Umweltfonds zu Gute kommen. Jedoch gibt es noch große Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Umweltsteuergesetzgebung: es fehlen schlüssige Regularien, technische Vorschriften und Kenntnisse, um das Ausmaß der verursachten Umweltrisiken angemessen beurteilen und die Steuern entsprechend berechnen zu können. Durch rechtliche, organisatorische und technische Defizite auf nationaler wie auch lokaler Ebene sowie einen Mangel an Personalkapazitäten fehlen im Nationalen Umweltfonds Mittel um Umweltmaßnahmen, z.B. zur Senkung von Umweltbelastungen durch Unternehmen, finanzieren zu können.

Ziel des Projektes

Ziel ist, die Umsetzung der Umweltsteuergesetzgebung in Algerien zu verbessern.

Aktivitäten

- Durchführung einer Analyse des Umweltsteuersystems in seinen strategischen, rechtlichen und organisatorischen Aspekten
- Schaffung oder Unterstützung eines interministeriellen Komitees zur Verbesserung des rechtlichen Rahmens des Umweltsteuersystems
- Analyse aller Prozesse, die für die Berechnung der Bemessungsgrundlage für Umweltsteuern notwendig sind (z.B. Betriebsgenehmigung, Umweltdatenerhebung, Betriebsinspektion)
- Fachliche, organisatorische und strategische Beratung zur Verbesserung des Umweltsteuersystems im Hinblick auf die Prioritätensetzung, Vereinfachung oder Erweiterung des Steuersystems
- Förderung von Technologien und Prozessen und Entwicklung von Anreizmechanismen zur Verbesserung der Umweltperformance von Unternehmen

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse werden erwartet:

- Verbesserung der rechtlichen, strategischen und organisatorischen Grundlagen der Gesetzgebung zum Umweltsteuersystem
- Stärkung der Kapazitäten im Bereich der Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage und der Erhebung der Umweltsteuern
- Verbesserung der Voraussetzungen für den Zugang von Unternehmen zu Finanzierungsmechanismen für Umweltschutzmaßnahmen

Schutz der Umwelt und Biodiversität in den Küstenregionen Algeriens

Politischer Partner	Algerisches Ministerium für Umwelt (ME)
Laufzeit	01/2020 – 12/2022
Projektleiter	Rolf Dietmar
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Mit seiner 1.622 km langen Küstenlinie, die 14 Wilayas (Verwaltungsbezirke) umfasst und in weiten Teilen noch unberührt ist, sowie eine Vielfalt von Arten und Ökosystemen aufweist, verfügt Algerien über ein bemerkenswertes Naturerbe und ein bedeutendes Potenzial für die sozioökonomische Entwicklung. Das Meer und die Küste sind zahlreichen menschlichen Nutzungen ausgesetzt, darunter Industrie, Urbanisierung, Tourismus und Fischerei. Der zunehmende Druck dieser menschlichen Aktivitäten auf die empfindlichen, natürlich geprägten marinen und terrestrischen Küstenökosysteme beeinträchtigt deren Stabilität. Um die Umwelt und die biologische Vielfalt zu schützen und gleichzeitig die nachhaltige Nutzung durch Menschen zu gewährleisten, bedarf es eines komplexen Managementansatzes, der in dem Konzept des integrierten Küstenzonenmanagements verfolgt wird.

Ziel des Projektes

Ziel ist, die Umsetzung der Strategie des integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) in ausgewählten Küstengebieten zu verbessern.

Aktivitäten

- Entwicklung eines IKZM-Schulungsprogramms und Entwicklung von Kompetenzen für Vertreter*innen der Partnerorganisationen
- Beratung zu Datenmanagement von geographischen Informationssystemen, Kommunikation und Sensibilisierung
- Analyse der Finanzierungsmöglichkeiten für IKZM und Schutzgebietsmanagement
- Entwicklung von Kompetenzen zur Gründung und Unterstützung neuer Kooperativen/Nutzer*innen-Gruppen

- Beratung bei der Entwicklung einer Richtlinie für Managementpläne für Meeres- und Küstenschutzgebiete
- Beratung bei der (Neu-)Ausweisung von Meeres- und Küstenschutzgebieten sowie bei der Ausarbeitung von Rahmen- und Managementplänen

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse werden erwartet:

- Verbesserung der planerischen und operativen Fähigkeiten der Schlüsselakteur*innen des integrierten Küstenzonenmanagements
- Stärkung der Kompetenzen von Nutzer*innen zu den Vorteilen und zum Schutz terrestrischer und mariner Ökosysteme
- Verbesserte Planungsrichtlinien für das partizipatorische Management ausgewählter Meeres- und Küstenschutzgebiete

Stärkung von Abfallwertschöpfungsketten in Algerien

Politischer Partner	Algerisches Ministerium für Umwelt (ME)
Laufzeit	01/2018 – 12/2021
Projektleiter	Michael Plass
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Derzeit wird in Algerien der Siedlungsabfall hauptsächlich auf Deponien entsorgt. Die Verwertungsquote ist immer noch sehr niedrig und die Verwertungswege sind noch minimal. Nur 5-7% der städtischen Abfälle werden recycelt, während die Recyclingquote für Kunststoffabfälle nicht mehr als 1% beträgt. Aufgrund der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der städtischen Abfallwirtschaft ist das Thema Abfallmanagement und -recycling in Algerien von großer politischer Bedeutung. So hat die algerische Regierung 2004 ein nationales System für die Rücknahme, das Recycling und die Verwertung von Verpackungsabfällen unter dem Namen ECO-JEM eingeführt. Die Ziele wurden jedoch aus verschiedenen Gründen vorerst nicht erreicht.

Ziel des Projekts

Nachhaltige Stärkung der Wertschöpfungsketten in der Abfallwirtschaft und Schaffung eines Systems zur Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen und Altreifen.

Aktivitäten

- Rechtsberatung zur Bestimmung des Rechtsstatus einer Betreiberfirma für das Management von Verpackungsabfällen
- Beratung zur Entwicklung der internen und operationellen Prozesse der Betreiberfirma
- Ausbildung des Personals der Betreiberfirma
- Initiierung eines politischen Dialogs zwischen dem Umweltministerium und den anderen zuständigen Ministerien

- Beratung von Abfallwirtschaftsunternehmen in der Gemeinde Sétif zur Verbesserung der getrennten Sammlung von sortierten Verpackungsabfällen der Haushalte
- Beratung zum Aufbau einer Wertschöpfungskette für Altreifen

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse werden erwartet:

- Die Einführung einer nationalen Betreiberfirma für Sammlung und Recycling von Verpackungsabfällen
- Die Einführung der getrennten Sammlung von Verpackungsabfällen in der Gemeinde Sétif
- Aufbau einer Wertschöpfungskette für Altreifen

Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten im kommunalen Dienstleistungssektor

Politischer Partner	Algerisches Ministerium für Umwelt (ME)
Laufzeit	01/2018 – 06/2023
Projektleiter	Ahmed Fekairi
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

In den letzten Jahren hat der algerische Staat einen neuen Ansatz in der Abfallwirtschaft eingeführt, um die Mängel in der Qualität der kommunalen öffentlichen Dienstleistungen zu beheben. Diese Situation ist vor allem mit der mangelnden Erfahrung und Vertrautheit der Gemeinden mit den modernen Methoden der Abfallwirtschaft verbunden. Zudem mangelt es an qualifiziertem Personal und einem Kontroll- und Überwachungsmechanismus, um eine qualitativ hochwertige Dienstleistung zu gewährleisten.

Ziel des Projekts

Das Projekt zielt darauf ab, die Beschäftigungsmöglichkeiten im Abfallsektor zu verbessern sowie die Qualität externer Dienstleister in der kommunalen Abfallwirtschaft besser zu kontrollieren.

Aktivitäten

Das Projekt verteilt sich auf drei Pilot-Wilayas und wird in einer ersten Phase 8 Gemeinden (Jijel, El Milia, Oum El Bouaghi, Ain Beida, Ain Mlila, Touggourt, Ouargla und Hassi Messaoud) begleiten. Das Projekt fokussiert sich auf drei Tätigkeitsbereiche:

- Entwicklung und Einführung neuer spezifischer Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote für den Abfallsektor
- Unterstützung der Kommunen bei der Qualitätssicherung ausgelagerter Abfallmanagement-Dienstleistungen
- Verbreitung effektiver Instrumente zur effizienten Übertragung von Lernergebnissen auf nationaler Ebene

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse werden erwartet:

- 500 Personen finden eine Anstellung bei kommunalen Entsorgungsunternehmen oder machen sich selbstständig
- Mehr als 600 Personen werden im Rahmen des Projekts in den Bereichen Unternehmertum und Abfallwirtschaft ausgebildet, darunter 100 Frauen und 500 junge Menschen
- Darüber hinaus wird erwartet, dass die Zufriedenheit der Öffentlichkeit mit der kommunalen Abfallsammlung in den Pilotkommunen steigt

Stärkung der Klimagovernance im Rahmen der nationalen Klimabeiträge

Politischer Partner	Algerisches Außenministerium (MAE)
Technischer Umsetzungspartner	Algerisches Ministerium für Umwelt (ME)
Laufzeit	07/2018 – 06/2022
Projektleiter	Harald Flohr
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens im Oktober 2016 hat die algerische Regierung die hohe Bedeutung des Klimaschutzes für das Land unterstrichen. In seinen nationalen Klimabeiträgen verpflichtet sich Algerien zur Minderung von Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) und zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen für die Anpassung an den Klimawandel.

Im Bereich der Anpassung soll zunächst ein nationaler Anpassungsplan erarbeitet werden, um Gesellschaft und Ökosysteme in ihrer Klimaresilienz zu stärken. Zur Minderung der THG-Emissionen sehen die nationalen Klimabeiträge bis 2030 eine Reduzierung von bis zu 22 Prozent vor, wovon 7 Prozent aus Eigenmitteln umgesetzt werden sollen. Der Rest steht in Abhängigkeit von internationaler Klimafinanzierung, Technologietransfer und Stärkung von Kapazitäten. Im Hinblick auf die bevorstehende Umsetzung der Klimabeiträge zwischen 2021 und 2030 möchte Algerien seine institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf den Klimawandel (Klimagovernance) auf nationaler und subnationaler Ebene stärken.

Ziel des Projektes

Die Klimagovernance zur Umsetzung der nationalen Klimabeiträge ist gestärkt.

Aktivitäten

Das Projekt unterstützt den politischen Partner, das algerische Außenministerium, bei der Ausgestaltung und Stärkung der Rahmenbedingungen für eine ambitionierte Klimapolitik. Zur Umsetzung der Aktivitäten arbeitet das Projekt zudem mit dem Umweltministerium als technischen Partner zusammen. Weitere wichtige Partner und Akteure sind das Finanzministerium, die Forstdirektion des Landwirtschaftsministeriums, das Energieministerium, sowie das Innenministerium. Gemeinsam mit den algerischen Partnern wurden für die Anpassung an den Klimawandel der Pilotbereich Forst und für die Emissionsminderung der Pilotbereich Energie festgelegt. Zur Stärkung der Klimagovernance auf lokaler Ebene wurden drei Pilotregionen (algerisch: Wilayas), Djelfa, Guelma sowie eine dritte noch auszuwählende Wilaya, bestimmt.

Die folgenden Aktivitäten stehen im Mittelpunkt:

- Durchführung einer umfassenden Evaluierung der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen algerischer Klimagovernance. Darauf aufbauend sollen Handlungsempfehlungen zur Umstrukturierung und Stärkung des Klimagovernancesystems generiert werden
- Entwicklung eines Konzeptes zur Stärkung der nationalen und internationalen Klimafinanzierung in Algerien
- Stärkung der institutionellen und personellen Kapazitäten in den Pilotsektoren und Wilayas
- Fachliche, organisatorische und strategische Beratung zu Anpassungsaktivitäten im Pilotsektor Forst und zur Emissionsminderung für den Pilotsektor Energie
- Unterstützung bei der Entwicklung von Systemen zum Monitoring und zur Berichterstattung der Wirkungen von Anpassungs- und Minderungsaktivitäten in den Pilotsektoren
- Unterstützung bei der Erarbeitung von lokalen gendersensiblen Klimaplänen in den Pilotwilayas.

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse werden erwartet:

- Stärkung der institutionellen Kapazitäten und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine sektorübergreifende und ambitionierte Klimapolitik zur Umsetzung der nationalen Klimabeiträge
- Stärkung der nationalen Klimafinanzierung und verbesserter Zugang zu internationaler Klimafinanzierung
- Verbesserte Umsetzung der Anpassungsmaßnahmen im Pilotsektor Forst und der Minderungsmaßnahmen im Pilotsektor Energie
- Institutionalisierung eines effizienten Monitorings und einer transparenten Berichterstattung in den jeweiligen Pilotsektoren



Linkes Foto:

Landschaft in Djelfa

Rechtes Foto:

Zu einem Block gepresste Plastik-Flaschen

- Stärkung planerischer und operativer Kapazitäten von Schlüsselakteur*innen im Bereich der Klimagovernance
- Verbesserung der lokalen Klimagovernance in den Pilotwilayas. Die Ergebnisse aus den Pilotwilayas sollen landesweit als Grundlage für die Anwendung in anderen Wilayas dienen.

Innovation & Entwicklung –InnoDev - Grüne und breitenwirksame Förderung von Kleinst-, Kleinen und Mittelständischen Unternehmen

Politischer Partner	Algerisches Ministerium für Industrie (MI); Algerisches Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MADR)
Laufzeit	11/2016 – 12/2022 EU-Kofinanzierung seit 10/2018
Projektleiter	Michael Plass
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Europäische Union (EU)

Algerien, dessen Ziel es ist, seine Nicht-Kohlenwasserstoff-Exporte zu steigern, will die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch eine Aufwertung der KMU in den Bereichen Innovation und grüne Wirtschaft verbessern. Hierdurch will Algerien seine Position auf dem nationalen und internationalen Markt stärken. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gelten als einer der Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, denn sie schaffen nachhaltige Arbeitsplätze, insbesondere für junge und weibliche Unternehmer*innen, ein dezidiertes Ziel der algerischen Regierung. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die algerische Regierung eine neue Agentur für die Entwicklung und Förderung von KMUs, abgekürzt ADIPME, geschaffen.

Ziel des Projekts

Das Programm „Innovation & Entwicklung“ (InnoDev) zielt darauf ab, den KMU öffentliche und private Dienstleistungen für ein grünes Wachstum anzubieten, um die algerischen KMU in die Lage zu versetzen, wettbewerbsfähiger zu werden

Aktivitäten

- Unterstützung der KMU bei der Senkung von Produktionskosten, z.B. durch die effizientere Nutzung von Ressourcen
- Unterstützung der Internationalisierung von KMU durch Exporthilfe für ihre Produkte, Technologietransfer und Partnerschaften
- Verbesserung der Dienstleistungen auf dem Gebiet des Innovationsmanagements
- Unterstützung für KMU, die sich aufgrund von Mängeln in der Organisation, im Finanzmanagement oder in der Marktpositionierung durch Risikomanagement, kurzfristige strategische Planung usw. in Schwierigkeiten befinden
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von KKMU im Landwirtschaftssektor, mit Fokus auf die Wertschöpfungsketten Gemüse und Datteln

- KKMU werden z.B. dabei beraten, wie sie ihre Produktqualität verbessern und ihre Exportkapazität steigern können.

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse werden erwartet:

- Verbesserung der effizienten Verwaltung von Ressourcen durch die KKMU
- Verbesserung der Kapazitäten von KKMU zur Durchdringung lokaler (Zulieferung) und internationaler (Export) Märkte
- Identifizierung und Implementierung von Mechanismen zur Innovationsförderung durch KMU
- Identifizierung und Umsetzung von Mechanismen und Instrumenten zur Unterstützung von Institutionen und Netzwerken für die Nachhaltigkeit von KKMU
- Aufbau eines Beratungsangebots für KKMU im Landwirtschaftssektor zur Verbesserung von Wertschöpfungsketten (z.B. ressourceneffiziente Produktionsprozesse, Produkt- und Qualitätsstandards und unternehmerische Fähigkeiten)

Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Hochschul- und Berufsbildungsabsolvent*innen in Algerien

Politischer Partner	Algerisches Ministerium für berufliche Bildung und Ausbildung (MFEP)
Laufzeit	09/2019 bis 08/2022
Projektleiterin	Annette Riccius
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Die Förderung der Beschäftigung und der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sind weiterhin strategische Ziele der algerischen Regierung für die kommenden Jahre. Dies gilt insbesondere für junge Berufs- und Hochschulabsolvent*innen, die nicht ausreichend vor Arbeitslosigkeit geschützt sind. Einer der Gründe für den Handlungsbedarf ist nach wie vor das bestehende Ungleichgewicht zwischen den von den Studierenden erworbenen Qualifikationen und dem Kompetenzbedarf des Arbeitsmarktes.

Ziel des Projekts

Ziel des Projekts ist es, die Beschäftigungsfähigkeit von Berufs- und Hochschulabsolvent*innen in ausgewählten Berufsfeldern mit Bezug zu Energieeffizienz und Energiemanagement zu verbessern.

Aktivitäten

- Einrichten von Koordinationsmechanismen zwischen den zuständigen Ministerien und dem Privatsektor mit dem Ziel, den Dialog zwischen den Parteien zu stärken und konkrete gemeinsame Aktionen durchzuführen

- Bereitstellung von weiteren praktischen und arbeitsmarktorientierten Berufs- und Universitätsausbildungsprogrammen
- Entwicklung von berufsbegleitenden Ausbildungsprogrammen für Lehrer*innen
- Umsetzung von neuen Dienstleistungsangeboten zur Stärkung der Kompetenzen für den Zugang zur Beschäftigung, einschließlich spezifischer Maßnahmen für Frauen

Ergebnisse

Die erwarteten Ergebnisse sind:

- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Erwachsenen
- Verbesserung des Zufriedenheitsgrades der Arbeitgeber*innen mit der Erhöhung des Qualifikationsniveaus der jungen potenziellen Arbeitnehmer*innen

Grüne Gemeinden

Politischer Partner	Algerisches Ministerium für Inneres, Gebietskörperschaften und Raumplanung (MICLAT)
Laufzeit	04/2020 bis 03/2023
Projektleiterin	Rebekka Hilz
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Algerien hat sich im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen und der lokalen klimatischen Herausforderungen zu einem ehrgeizigen Programm zur Senkung der Treibhausgasemissionen verpflichtet, eine Reduktion zwischen 7% und 20% bis zum Jahr 2030 anzustreben. Die Entwicklung erneuerbarer Energien, im Falle Algeriens hauptsächlich Strom aus Solarenergie, und die Förderung der Energieeffizienz stellen einen Kernpunkt der Strategie der algerischen Regierung zur Erreichung ihrer Emissionsminderungsziele dar.

Die Kommunalbehörden spielen eine wichtige Rolle in der Vision der algerischen Regierung, die Energiewende sicherzustellen, was sich in den Maßnahmen des Ministeriums fürs Innere, lokale Behörden und Regionalplanung (MICLAT) widerspiegelt. Dies beinhaltet die Förderung erneuerbarer Energien auf kommunaler Ebene als Reaktion auf die Notwendigkeit einer stabilen und nachhaltigen Elektrizitätsversorgung und die Senkung des Energieverbrauchs algerischer Gemeinden durch Energieeffizienz-Maßnahmen.

Da die Umsetzung der lokalen Energiewende noch am Anfang steht, besteht für die Kommunen ein dringender Bedarf an Unterstützung in Bezug auf technisches Fachwissen, methodische und strategische Ansätze und organisatorische Instrumente. Ebenso werden finanzielle Anreize benötigt für die Konzeption und Umsetzung von Aktionsplänen für eine gezielte und praktische Energieversorgung und -nutzung, und die Überwachung und anschließende Bewertung ihrer Wirkungen.

Ziel des Projekts

Das Projekt „Grüne Gemeinden“ soll die algerische Regierung bei ihrem Ansatz unterstützen, durch den Einsatz von Energieeffizienztechnologien und erneuerbaren Energien auf kommunaler Ebene zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele beizutragen, durch die Unterstützung mit Fachwissen und den Austausch internationaler Erfahrungswerte.

Aktivitäten

- Begleitung von vier Pilotgemeinden bei der Erarbeitung und Umsetzung ihrer Aktionspläne für erneuerbare Energien und Energieeffizienz und Ausbreitung der Konzepte auf andere Gemeinden
- Schulungen in den Themenfeldern Energiemanagement, interne Prozessorganisation und Sammlung, Analyse und Nutzung von Energieverbrauchsdaten
- Aufbau zweier Gemeinde-Energieeffizienz-Netzwerke zur Unterstützung des gegenseitigen Lernens
- Schulung und Zertifizierung lokaler Technologie- und Dienstleistungsanbieter im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- Beratung zum nationalen gesetzlichen Förder- und Anreizrahmen, z.B. für energieeffiziente Beleuchtung, Klimatisierung, PV-Anlagen und weiteren Lösungen im Bereich erneuerbarer Energien

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse werden erwartet:

- Nachhaltige Senkung des Energieverbrauchs in den Pilotgemeinden
- Verbesserung des Energiemanagements auf Gemeindeebene durch Einführung einer Energiebuchhaltungs-Software basierend auf den Lastenspezifikationen
- Verbesserung der administrativen Voraussetzungen zur Steigerung der Qualität und Nachhaltigkeit von erneuerbaren Energien-Systemen und Energieeffizienz-Maßnahmen und -Dienstleistungen
- Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen und des Förderrahmens für erneuerbare Energien und Energiemanagement auf Gemeindeebene
- Förderung und Einbindung des Privatsektors zur Weiterentwicklung des Nachhaltige-Energiemarktes in Algerien

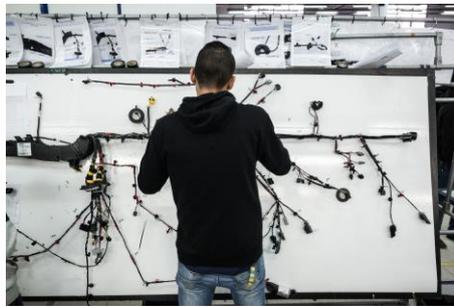


Foto links:
Solaranlage
Foto rechts:
Student in der Berufsausbildung

Förderung der Energieeffizienz in der algerischen Wirtschaft

Politischer Partner	Algerisches Energieministerium
Laufzeit	08/2018 bis 12/2020
Projektleiterin	Rebekka Hilz
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Algerische Unternehmen sind zunehmend daran interessiert, ihre Energieeffizienz zu steigern. Die algerische Regierung unternimmt zudem erhebliche Anstrengungen, eine nachhaltige Wirtschaft mit geringen Umwelt- und Klimaauswirkungen zu fördern. Es gibt in Algerien derzeit aber noch keine Plattformen für den Austausch von Best Practices und Möglichkeiten zur praxisorientierten Weiterbildung im Bereich der Energieeffizienz. Auf dem algerischen Arbeitsmarkt gibt es nur wenige Expert*innen, die über die Instrumente verfügen, um ihr theoretisches Wissen über die Reduzierung des Energieverbrauchs in Unternehmen in die Praxis umzusetzen. Infolgedessen nutzen algerische Unternehmen nur selten ihr Potenzial zur Reduzierung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen.

Die Maßnahme unterstützt die Energieeffizienzagentur (Agence pour la Rationalisation de l'Utilisation de l'Energie, APRUE) bei der Anwendung innovativer Instrumente zur Förderung der Energieeffizienz in algerischen Unternehmen. Zum Beispiel soll ein Pilotnetzwerk für Energieeffizienz in Unternehmen (REE) geschaffen und unterstützt werden. Zudem soll der APRUE-Schulungskurs „Energiemanager*innen in Unternehmen“ praxisorientierter gestaltet werden.

Ergebnisse

Ein Pilotnetzwerk für Energieeffizienz in Unternehmen wurde erfolgreich etabliert. Der APRUE-Schulungskurs „Energiemanager*innen in Unternehmen“ wurde überarbeitet und um ein praktisches Modul ergänzt. APRUE verfügt über das Wissen und die Instrumente um algerische Unternehmen bei der Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch eine Senkung ihres Energieverbrauchs zu unterstützen.

Unterstützung bei der Umsetzung der algerisch-deutschen Energiepartnerschaft

Politischer Partner	Algerisches Energieministerium
Laufzeit	01/2019 bis 12/2022
Projektleiter	Torsten Fritsche (Globalvorhaben) Frank Renken (Komponente Algerien)
Auftraggeber	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Das Projekt „Beratung und Unterstützung von bilateralen Energiepartnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern“ unterstützt das BMWi bei der Realisierung von Energiepartnerschaften mit Algerien sowie mit einer Reihe anderer strategischer Partnerländer Deutschlands. Algeriens Energiesektor ist derzeit durch eine hohe Abhängigkeit von fossilen Energieträgern gekennzeichnet. Um den Energiemix zu diversifizieren und zur Diversifizierung der lokalen Wirtschaft beizutragen, plant die algerische Regierung umfangreiche Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Das Land steht somit vor der Herausforderung, den Energiewandel so schnell und kostengünstig wie möglich zu vollziehen und gleichzeitig seine Energiesicherheit zu gewährleisten.

Die Schwerpunkte der Energiepartnerschaft sind daher die Entwicklung erneuerbarer Energien und deren Integration in das Netz sowie die Steigerung der Energieeffizienz.

Ziel des Projekts

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Energiebereich zwischen Algerien und Deutschland werden gestärkt. Die algerischen Akteure der Energiewende profitieren von den Erfahrungen und der Expertise der deutschen Energiewende, um ihren Weg zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung zu optimieren.

Regionale Projekte

Unterstützung der Pan-Afrikanischen Universität - und Einrichtung des Instituts für Wasser- und Energiewissenschaften (inklusive Klimawandel) - Tlemcen (Projekt-Hauptsitz: Äthiopien)

Politischer Partner	Algerisches Außenministerium (MAE), Algerisches Ministerium für Hochschulbildung und wissenschaftliche Forschung (MESRS), Kommission der Afrikanischen Union (CUA)
Laufzeit	01.09.2020 - 31.08.2022
Projektleiter	Lilian Cadet
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Wasser, Energie und Klimawandel sind besonders wichtige Themen für die nachhaltige Entwicklung Afrikas. Um den Herausforderungen in diesen Bereichen gerecht zu werden, braucht der Kontinent hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, angewandte Forschung und Innovation sowie Technologietransfer. Im Jahr 2008 beschloss die Kommission der Afrikanischen Union die Gründung einer Panafrikanischen Universität (PAU) (u.a. mit einem Institut in Tlemcen, Algerien).

Ziel des Programms

Die Panafrikanische Universität und ihr Institut für Wasser- und Energiewissenschaften (inklusive Klimawandel) (PAUWES) werden in ihren Alleinstellungsmerkmalen gestärkt: Qualität, Relevanz und panafrikanische Integration.

Aktivitäten

- Entwicklung von vier internationalen Master-Studiengängen (Wassertechnik, Wasserpolitik, Energietechnik und Energiepolitik) und Schaffung der Voraussetzungen für angewandte Forschung
- Förderung der Zusammenarbeit mit internationalen wissenschaftlichen Partnern sowie mit dem öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Sektor
- Einrichtung eines PAU-Unternehmerzentrums am Institut der Panafrikanischen Universität für Wasser- und Energiewissenschaften (inklusive Klimawandel).
- Sanierung des PAUWES-Campus im Hinblick auf Energieeffizienz und Zugänglichkeit

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse wurden in der vorangegangenen Phase des Projekts erzielt:

- Seit 2014 ist die Zahl der Bewerber gestiegen (2018: 20 Bewerber für einen Platz). Die 5. Kohorte, die im September 2018 startete, weist nicht nur eine hervorragende geographische Verteilung auf (27 Länder), sondern es sind erstmals 50% der Studierenden Frauen.

- Zu den mit Kooperationspartnern durchgeführten Forschungsprojekten gehören „Wasser- und Energiesicherheit in Afrika“ (WESA), „Strategien zur Risikoanalyse und Anpassung für eine nachhaltige Versorgung mit städtischen Ressourcen in Afrika südlich der Sahara“ (RARSUS) und das „Westafrikanische Servicezentrum für Klimawandel und angepasste Landnutzung“ (WASCAL)
- Seit 2014 sind die Bewerberzahlen jährlich stark gestiegen. Im Jahr 2018 haben sich bei PAUWES 20 Bewerber*innen auf einen Platz beworben.
- 154 Absolvent*innen haben seit der Gründung des PAUWES Instituts im Oktober 2014 ihr Studium abgeschlossen.
- PAUWES setzt sich stark für die Gleichstellung der Geschlechter ein - im Jahr 2018 waren 50 Prozent der neu eingeschriebenen Studierenden Frauen.

„Kommunale Zusammenarbeit Maghreb - Deutschland“ -KWT II- (Algerien, Marokko, Tunesien)

Nationale Partnerorganisationen	<ul style="list-style-type: none">• Nationale Behörde für Urbanisierung (ANURB) im Ministerium für Wohnungsbau, Urbanisierung und die Stadt, Algerien• Generaldirektion für territoriale Gebietskörperschaften im Innenministerium (DGCT), Marokko• Generaldirektion für Außenbeziehungen und internationale kommunale Zusammenarbeit, im Ministerium für lokale Angelegenheiten und Umwelt (MALE), Tunesien
Laufzeit	03/2020 bis 02/2023
Projektleiterin	Anita Sebjo Kouhè
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Städte im Maghreb wachsen durchschnittlich um 3 % pro Jahr. Bis zum Jahr 2030 prognostiziert UN-Habitat einen Anstieg des Verstärkerungsgrads auf 72,5 % für Marokko, 72,6 % für Algerien und 74,4 % für Tunesien. Diese urbane Dynamik bietet den maghrebischen Kommunen erhebliche Chancen bezüglich ihrer wirtschaftlichen und nachhaltigen Entwicklung. Dennoch bleiben viele Herausforderungen bestehen. Die Maghreb-Länder verzeichnen bereits Fortschritte: Algerien liegt laut dem „Sustainable development report 2019“ im afrikanischen und arabischen Vergleich hinsichtlich der Umsetzung der SDGs auf dem ersten Platz. In Marokko schufen 2015 die Gesetze über die Gebietskörperschaften eine neue territoriale Architektur des Landes. In Tunesien treiben das neue Kommunalverwaltungsgesetz und die Kommunalwahlen von 2018 zur Dezentralisierung voran.

Das Regionalvorhaben KWT II wird im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global gGmbH durchgeführt

Ziel des Projekts

Die Kompetenzen ausgewählter maghrebischer Akteure, Herausforderungen der Stadtentwicklung anzugehen, sind verbessert.

Aktivitäten der KWT II- Komponente Algerien

- Beratung von Projektpartnerschaften zwischen maghrebischen und deutschen Kommunen. Die Projektpartnerschaften in Algerien sind: Draa Errich - Sindelfingen zu den Geografischen Informationssystemen; Mostaganem - Rhein-Neckar-Kreis/Sinsheim zur integrierten Bewirtschaftung von Hausmüll und Gewerbeabfällen; Tlemcen - Stadwerke Aschaffenburg zu digitalen Kommunaldienstleistungen; Wilaya Annaba – Sindelfingen zum Abwassermanagement und zur Konzipierung einer Kläranlage
- Stärkung der Kompetenzen von Akteuren der algerischen Partnerkommunen im Bereich kommunale Selbstverwaltung (Gestaltung partizipativer und inklusiver Prozesse, lokale Demokratie, Management städtischer Dienstleistungen etc.) und digitale Verwaltung durch Fortbildungen, Studienreisen und Praktika
- Fach- und Prozessbegleitung der maghrebischen Städte und nationalen Akteure bei der Umsetzung von regionalen Lernnetzwerken zur Entwicklung praktischer Lösungen für gemeinsame Herausforderungen der Stadtentwicklung. Sechs algerische Kommunen beteiligen sich an vier Netzwerken zu den folgenden Themen: inklusive Stadtplanung, Digitalisierung, Energieeffizienz und öffentliche Beleuchtung und sanfte Mobilität.
- Unterstützung der Resilienz maghrebischer Städte und Gemeinden, einschließlich elf algerischer Gemeinden, gegen die Covid-19-Gesundheitskrise

Ergebnisse

Die erwarteten Ergebnisse sind:

- Lokale Projekte der Stadtentwicklung in Algerien, Marokko und Tunesien profitieren verstärkt vom fachlichen Wissen deutscher Kommunen.
- Die Kompetenz ausgewählter maghrebischer und deutscher Städte, partizipative und inklusive städtische Entscheidungs- oder Entwicklungsprozesse zu gestalten, ist erhöht.
- Akteure aus Algerien, Marokko und Tunesien, die sich in regionalen Lernnetzwerken engagieren, haben lokal angepasste Lösungsansätze zu Themen der Stadtentwicklung entwickelt.
- Prioritäre Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie sind in ausgewählten maghrebischen Kommunen umgesetzt.

Programm zum Aufbau und zur Stärkung polizeilicher Strukturen in ausgewählten Partnerländern in Afrika, Komponente AU – AFRIPOL

Politische Partner	Afrikanische Union (AU), Peace Support Operations Division (PSOD), AFRIPOL
Laufzeit	07/2019 bis 12/2022
Projektleiterin	Marina Mdaihlil
Auftraggeber	Auswärtiges Amt

Aktuelle Konfliktherde in Afrika wirken über Landesgrenzen hinaus und entwickeln sich zu regionalen Krisen. Die fragile Sicherheitssituation vieler Länder Afrikas begünstigt die Ausbreitung Transnationaler Organisierter Kriminalität wie Menschen-, illegaler Waffen- und Drogenhandel. Gleichzeitig entstehen Operationsgebiete für terroristische Organisationen wie Boko Haram, Al-Qaida im Islamischen Maghreb, Al-Shabaab und Islamischer Staat und es entwickeln sich neue transnationale Bedrohungen wie beispielsweise Cyberkriminalität. Nicht alle afrikanischen Staaten besitzen ausreichend Kapazitäten, um die Konfliktursachen zu adressieren, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und Krisen zu bewältigen. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes unterstützt die GIZ Reformprozesse der Polizei in Afrika. Aktuell setzt das Programm dort elf Länder- und Regionalmaßnahmen um. Im Rahmen dieser Regionalmaßnahme soll unter anderem der Mechanismus der Afrikanischen Union für Polizeikooperationen (AFRIPOL) mit Sitz in Algier/Algerien gestärkt werden.

Ziel der Regionalmaßnahme

Zur Bewältigung grenzüberschreitender Sicherheitsbedrohungen und zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols sind die Polizeikapazitäten bei der AU und regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und Kooperationsmechanismen für Friedens- und Sondermissionen sowie zur Bekämpfung von Transnationaler Organisierter Kriminalität in Afrika gestärkt.

Aktivitäten

Gemeinsam mit dem Partner wurde unter anderem eine Unterstützung in den folgenden Bereichen vereinbart:

- Verbesserung/Aufbau von Kommunikations- und IT-Systemen zur Verwaltung interner und externer Arbeitsprozesse
- Beratung und Organisation der von AFRIPOL geführten Fachtreffen der Mitgliedsstaaten zu erfolgreichen afrikanischen Beispielen bei der Bekämpfung von Transnationaler Organisierter Kriminalität
- Entwicklung einer AU/AFRIPOL e-learning Plattform für afrikanische Polizist*innen

Ergebnisse

Die erwarteten Ergebnisse sind:

- Durch die Verbesserung interner Kommunikation und externer Öffentlichkeitsarbeit soll Professionalität und erhöhte Bürgernähe erreicht werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen wird verbessert

Projekte weiterer Auftraggeber

GIZ International Services ist ein eigenständig agierender Geschäftsbereich der GIZ und arbeitet für Auftraggeber wie internationale Institutionen, nationale Regierungen und weltweit tätige Privatunternehmen. International Services führt mit Zustimmung der Bundesregierung Aufträge anderer Auftraggeber durch.

Technische Hilfe zur Unterstützung nachhaltiger lokaler Entwicklung und sozialer Aktivitäten in Nordwestalgerien – PAD-SEL NOA II

Laufzeit	11/2017 bis 11/2020
Projektleiterin	Lala Aghayeva
Auftraggeber	EU, Umsetzung durch GIZ InS (Junior-Beitrag, Leitung AECOM)

Das Projekt ist ein integraler Bestandteil des EU-Projekts „PAD-SEL-NOA“, das die Bemühungen der algerischen Regierung um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes unterstützt. Insbesondere wird erwartet, dass die Förderung des privaten Sektors neue Beschäftigungsmöglichkeiten schafft.

Ziel des Projekts

Das Hauptziel des Projekts ist es, durch die integrierte und nachhaltige Entwicklung der betroffenen Provinzen zur Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten beizutragen. Das Programm unterstützt die folgenden sechs Provinzen: Saïda, Tiaret, Tissemsilt, Aïn Defla, Chlef, Médéa. Die Förderung lokaler Produkte, die Stärkung der Berufsausbildung von Führungs- und Fachkräften und die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sind integraler Bestandteil des Programms.



Ella Schieber
GIZ-Landesdirektorin
ella.schieber@giz.de

Die GIZ – Ein innovativer Partner zur Bewältigung der globalen Herausforderungen der Zukunft

Anerkanntes regionales Fachwissen, hohe Fachkompetenz und praxiserprobtes Managementwissen bilden das Rückgrat des umfassenden Dienstleistungsangebots der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Als Unternehmen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bietet die GIZ ihren Auftraggebern und Kunden tragfähige, nachhaltige und effiziente Lösungen für die erfolgreiche Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.

Ein großer Teil der von uns ausgeführten Aufträge wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an uns vergeben. Darüber hinaus ist die GIZ auch für andere Bundesministerien sowie für öffentliche und private Auftraggeber*innen tätig, darunter Regierungen anderer Länder, Institutionen der Europäischen Union, darunter die Europäische Kommission, sowie die Vereinten Nationen und die Weltbank. Auch unsere Kunden aus dem Privatsektor unterstützen wir intensiv bei der Erreichung ihrer Ziele.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn, Deutschland

GIZ Algérie
39, rue Mohamed Khoudi - El Biar - Alger
T +213 (0) 23 05 12 39
F +213 (0) 23 05 12 40
ella.schieber@giz.de
www.giz.de/algerien

In Kooperation mit

Algerisches Ministerium für Umwelt (ME)
Algerisches Außenministerium (MAE)
Algerisches Energieministerium
Algerisches Ministerium für Industrie (MI)
Algerisches Ministerium für Inneres, Gebietskörperschaften und Raumplanung
Algerisches Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MADR)
Algerisches Ministerium für berufliche Bildung und Ausbildung (MFEP)
Algerisches Ministerium für Hochschulbildung und wissenschaftliche Forschung (MESRS)
Ministerium für Wohnen, Urbanisierung und die Stadt (MHUV)
Nationale Urbanisierungsbehörde (ANURB)
Afrikanische Union (AU)
Peace Support Operations Division (PSOD)
AFRIPOL
Kommission der Afrikanischen Union (CUA)
Europäische Union (EU)

Auftraggeber

Deutsches Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Referat

Nordafrika, Mittelmeerpolitik

Adressen der Dienst- sitze des BMZ

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
Deutschland
T +49 (0)228 99 535-0
F +49 (0)228-99535-3500

BMZ Berlin
Stresemannstr. 94
10963 Berlin
Deutschland
T +49 (0)30 18 535
F +49 (0)30 18 535-2501

Autoren

Amir Belfadel / Alexander Nebelung / Särije Nadji
Rafat

Formatierung

Amir Belfadel / Alexander Nebelung / Särije Nadji
Rafat

Stand

Juni 2021

GIZ ist verantwortlich für den Inhalt dieser Publikation

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de